

Amtliche Bekanntmachungen



der Technischen Universität Braunschweig

Herausgegeben vom
Präsidenten der TU Braunschweig
Pockelsstraße 14, 3300 Braunschweig
Tel. (0531) 391-4111
Telex: 0952526

Redaktion:
Pressestelle der TU
Dipl.-Kfm. Joachim Hoffmann
Anne-Margret Rietz
Haus-Tel. 41 22/41 23

A U S H A N G

31. Mai 1983

Genehmigung der Wahlordnung für die Wahlen zum Studentenparlament und zu den Fachräten und Fachschaftsräten der Studentenschaft der Technischen Universität Braunschweig

Gemäß § 50 Abs. 7 Satz 5 NHG genehmige ich hiermit die vom Studentischen Rat am 16. Mai 1983 mit Zweidrittelmehrheit beschlossene Wahlordnung für die Wahlen zum Studentenparlament und zu den Fachräten und Fachschaftsräten der Studentenschaft der Technischen Universität Braunschweig.

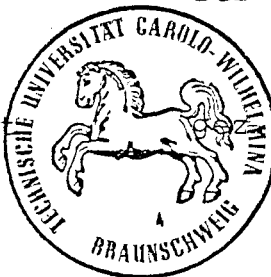
Die nachstehende Wahlordnung tritt gemäß § 24 am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung - somit am 1. Juni 1983 - in Kraft.

Gleichzeitig setze ich die am 1. November 1982 erlassene Wahlordnung für die unmittelbaren Wahlen zu den Organen der Studentenschaft der TU Braunschweig außer Kraft.

Beglaubigt:

Der Präsident:

Reg. Amtsrat



Schaffer

Wahlordnung

für die Wahlen zum Studentenparlament und zu den Fachräten und Fachschaftsräten der Studentenschaft der Technischen Universität Braunschweig.

§ 1

Geltungsbereich, Wahlverfahren

- (1) Die Vorschriften dieser Wahlordnung gelten für die Wahlen zu den nachstehend aufgeführten Organen der Studentenschaft der Technischen Universität Braunschweig:
 1. Studentenparlament
 2. Fachschaftsräte
 3. Fachräte
- (2) Die Studierenden wählen ihre Vertreter in den Organen je gesondert in allgemeiner, gleicher, freier und geheimer Wahl.
- (3) Es wird nach den Grundsätzen der mit der Personenwahl verbundenen Listenwahl gewählt.

Für die Wahl zum Studentenparlament sind Verbindungen von Listen verschiedener Wahlkreise möglich.

- (4) Die unmittelbaren Wahlen zu den Organen der Studentenschaft sollen im Wintersemester mit den unmittelbaren Wahlen zu den Kollegialorganen der Hochschule verbunden werden.

Die Wahlen zu den Organen der Studentenschaft sollen als verbundene Wahlen gleichzeitig vorbereitet und durchgeführt werden. Der Wahlzeitraum soll in den letzten vier Wochen der Vorlesungszeit des Semesters liegen.

§ 2

Wahlausschüsse

- (1) Das Studentenparlament wählt den Übergeordneten Wahlausschuß (ÜGWA), der sich aus fünf Studierenden zusammensetzt.
- (2) Der ÜGWA überwacht unbeschadet der Zuständigkeit des Wahlleiters die Ordnungsmäßigkeit der Wahlen und ist für diese Wahlen verantwortlich. Er entscheidet Zweifelsfragen bei der Wahlhandlung und Stimmenauszählung, stellt das Wahlergebnis fest und entscheidet über Wahleinsprüche.
- (3) Jede Fachschaft wählt einen Fachschaftswahlausschuß (FSWA), der sich aus drei Studierenden zusammensetzt.
- (4) Jede Fachgruppe wählt einen Fachgruppenwahlausschuß (FGWA), der sich aus drei Studierenden zusammensetzt.

- (5) Die FGWA und FSWA überprüfen die Wahlvorschläge für die Wahlen zum jeweiligen FR bzw. FSR, helfen dem OGWA bei der Durchführung der Wahl und zählen die Stimmen in ihrem Wahlkreis aus. Bei Fragen, die speziell ihrem Wahlkreis betreffen, sind sie vor einer Entscheidung des OGWA von diesem anzuhören. Rechtsverbindliche Entscheidungen, die die Wahl betreffen, müssen vom OGWA getroffen werden.
- (6) Der OGWA, die FSWA und FGWA können für die Beaufsichtigung der Wahlhandlung sowie für die Auszählung Wahlhelfer bestellen.
- (7) Bewerber um einen Sitz in den Organen der Studentenschaft sollen nicht in einem Wahlausschuß tätig sein. Sie dürfen dies nur, wenn sich für sie kein Ersatz findet und das Studentenparlament seine Zustimmung gegeben hat.
- (8) Die Wahlausschüsse sind beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen der anwesenden Mitglieder gefaßt.

§ 3

Konstituierende Sitzung, Wahl des Vorstandes

- (1) Der Präsident des Studentenparlaments beruft den OGWA zu seiner konstituierenden Sitzung ein, die spätestens zwei Wochen nach Vorlesungsbeginn stattfinden soll, und leitet sie, bis der OGWA aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter gewählt hat.
Der Wahlleiter ist zu dieser Sitzung einzuladen.
- (2) Das Geschäftszimmer des OGWA befindet sich in den Geschäftsräumen des AstA.

§ 4

Wahlleiter

- (1) Wahlleiter ist der Kanzler.
- (2) Der Wahlleiter hat das Recht und die Pflicht, an den Sitzungen des OGWA teilzunehmen oder einen Beauftragten zu diesen Sitzungen zu entsenden. Der Wahlleiter hat den Zeitplan und die Sitzungen des OGWA mit dessen Vorsitzenden vorzubereiten, Entscheidungsvorschläge vorzulegen sowie die Sitzungsniederschriften fertigen zu lassen und für die Bekanntmachung und Durchführung der Beschlüsse zu sorgen.
- (3) Die Kosten der Wahl trägt das Land.

§ 5

Wahlkreise

- (1) Für die Wahlen zum SP und zum FSR bildet jede Fachschaft einen Wahlkreis, für die Wahlen zum FR bildet jede Fachgruppe einen Wahlkreis.
- (2) Bei zusammengeschlossenen Fachgruppen mehrerer Fachschaften bilden alle betreffenden Studiengänge einer Fachschaft bei der Wahl zum Fachrat einen Wahlkreis.
- (3) Wahlvorschläge können sich nur auf einen Wahlkreis beziehen. In diesem Wahlkreis müssen alle Bewerber des Wahlvorschlags wahlberechtigt sein.

§ 6

Aufstellung des Wählerverzeichnis

- (1) Wählen und gewählt werden darf, wer ordnungsgemäß immatrikuliert und in das Wählerverzeichnis eingetragen ist.
- (2) Der Wahlleiter hat zu Beginn der Vorlesungszeit des Semesters, in dem eine Wahl stattfindet, alle Studierenden, die nach Absatz 1 zu dieser Wahl wahlberechtigt sind, in ein Wählerverzeichnis eintragen zu lassen.
- (3) Das Wählerverzeichnis ist nach Fachschaften und innerhalb der Fachschaften nach Fachgruppen zu gliedern. Das Wählerverzeichnis muß den Familien- und Vornamen, die Matrikelnummer, den Fachbereich und den Studiengang bzw. die Studiengänge der Wahlberechtigten nennen.
- (4) Die Studiengänge sind den Fachgruppen und Fachschaften wie folgt zugeordnet:

Studiengang	Fachgruppe	Fachschaft (gem. § 21 (4) Satzung)
Mathematik	Mathe-Physik	1
Physik	Mathe-Physik	2
Informatik	Informatik	1
Wirtschaftswissenschaften	Wiwi	1
Geologie	Geologie/Mineralogie	2
Mineralogie	Geologie/Mineralogie	2
Geographie	Geographie	2
Chemie	Chemie	3
Lebensmittelchemie	Chemie	3
Pharmazie	Pharmazie	3
Biologie	Biologie	3
Psychologie	Psychologie	3
Sport	Sport	3
Architektur	existiert nicht	4
Kunstgeschichte	existiert nicht	4
Bauingenieurwesen	existiert nicht	5
Vermessungswesen	existiert nicht	5
Maschinenbau	existiert nicht	6
Elektrotechnik	existiert nicht	7
Philosophie	Germanistik	8
Pädagogik	Germanistik	8
Germanistik	Germanistik	8
Anglistik	Anglistik	8
Romanistik	Romanistik	8
Geschichte	Geschichte	8
Politikwissenschaften	Politik	3
Pädagogik	Unterrichtswissenschaft	9
Psychologie	Psychologie (EW)	9
Soziologie	Soziologie	9
Politik	Politikwissenschaft (EW)	9
Sozialkunde	Politikwissenschaft (EW)	9
Kunst	Bildende Kunst	9

Werken	Bildende Kunst	9
Englisch	Englisch (EW)	9
Mathematik	Mathe, Physik, Technik (EW)	9
Physik	Mathe, Physik, Technik (EW)	9
Technik	Mathe, Physik, Technik (EW)	9
Deutsch	Deutsch	9
Theologie	Theologie	9
Sport	Sport (EW)	9
Erdkunde	Erdkunde und Geschichte	9
Geschichte	Erdkunde und Geschichte	9
Musik	Musik	9
Biologie	Biologie und Chemie (EW)	9
Chemie	Biologie und Chemie (EW)	9
Diplom-Pädagogik	Diplom-Pädagogik	9

- (5) Wer Mitglied mehrerer Fachbereiche bzw. Fachgruppen ist, kann durch eine Zugehörigkeitserklärung gegenüber dem Wahlleiter bestimmen, in welcher Fachschaft und in welcher Fachgruppe er sein Wahlrecht ausüben will.

Zunächst erfolgt die Zuordnung des Fachbereichs und der Fachgruppe im Wählerverzeichnis nach dem Ausdruck des ersten Studienganges im Studentenausweis.

Der OGWA kann unter Fristsetzung zur Abgabe einer Zugehörigkeitserklärung gegenüber dem Wahlleiter auffordern. Liegt nach Ablauf der Frist eine Zugehörigkeitserklärung nicht vor, verbleibt es bei der im Wählerverzeichnis bezeichneten Zuordnung.

Eine Zugehörigkeitserklärung gilt bis zu einer neuen Zugehörigkeitserklärung durch den Studierenden, so daß die Zuordnung bei der nächsten Wahl zunächst nach dieser Zugehörigkeitserklärung erfolgt.

Ein Antrag auf nachträgliche Eintragung (§ 7) gilt als Zugehörigkeitserklärung.

- (6) Das Wählerverzeichnis ist zusammen mit dem Text der Wahlordnung im Geschäftsraum des OGWA und an mindestens einer weiteren Stelle, die durch die Wahlausschreibung bekannt gegeben wird, zur Einsichtnahme auszulegen. In der Wahlausschreibung sind die Wahlberechtigten unter Mitteilung des Auslegungszeitraumes und der Auslegungsorte zur Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis aufzufordern; dabei ist auf die Absätze 1, 4, 5, 6, 7 und 9 sowie auf § 7 Abs. 1, die in einer Anlage zur Wahlausschreibung abgedruckt sind, hinzuweisen.
Der Auslegungszeitraum muß mindestens die Woche nach Bekanntgabe der Wahlausschreibung umfassen.

- (7) Gegen den Inhalt der Eintragung oder gegen eine Nichteintragung in das Wählerverzeichnis kann jeder Wahlberechtigte schriftlich Einspruch beim OGWA oder beim Wahlleiter einlegen. Wird gegen die Eintragung Dritter Einspruch erhoben, sind diese vom OGWA über den Einspruch zu unterrichten und im weiteren Verfahren zu beteiligen. Die Einspruchsfrist darf frühestens 3 Wochen vor dem ersten Tag des Wahlzeitraumes, aber nicht vor Ablauf des Auslegungszeitraumes enden.

und ist mit den Stellen, bei denen der Einspruch einzureichen ist, in der Wahlausschreibung bekanntzugeben. Legt ein Wahlberechtigter wegen einer Eintragung, die ihn selbst betrifft, Einspruch ein, so kann der Wahlleiter den Einspruch durch eine vorläufige Entscheidung abhelfen. Der OGWA soll spätestens am dritten Vorlesungstage nach Ablauf der Einspruchsfrist zur endgültigen Entscheidung über die Einsprüche zusammentreten. Die Entscheidungen sind den Einsprucherhebenden sowie den zu beteiligenden Dritten durch den Wahlleiter mitzuteilen, wenn die vorläufige Entscheidung des Wahlleiters, der dem Einspruch abgeholfen hatte, nicht lediglich bestätigt wird.

- (8) Nach der Entscheidung über die Einsprüche stellt der OGWA das Wählerverzeichnis fest. Das festgestellte Wählerverzeichnis ist die maßgebliche Grundlage für den Nachweis der Wählbarkeit. Wer nach Ablauf der Einspruchsfrist immatrikuliert wird, ist nicht wählbar.
- (9) In das Wählerverzeichnis kann auch nach Beendigung der Auslegungsfrist jeder Studierende der Hochschule Einblick nehmen.

§ 7

Nachträgliche Eintragung in das Wählerverzeichnis

- (1) Für die Ausübung des aktiven Wahlrechts ist das festgestellte Wählerverzeichnis vom Wahlleiter oder auf Grund von Anträgen, die bis zu einem in der Wahlbekanntmachung festgesetzten Zeitpunkt eingehen, durch nachträgliche Eintragungen fortzuschreiben. Die Frist für nachträgliche Eintragungen darf frühestens mit dem siebenten Tage vor Beginn des Wahlzeitraums enden. Wer nach Ablauf dieser Frist immatrikuliert wird, ist nicht wahlberechtigt. Nachträgliche Eintragung in das Wählerverzeichnis kann auch die Änderung der Fachbereichs- oder Fachgruppenzugehörigkeit betreffen.
- (2) Über die nachträgliche Eintragung entscheidet der Wahlleiter. Er hat den OGWA darüber zu unterrichten. Dieser kann die Entscheidung des Wahlleiters durch eine eigene Entscheidung aufheben und ersetzen.
- (3) Über die nachträgliche Eintragung kann der Wahlleiter den betreffenden Wahlberechtigten einen Wahlschein erteilen, wenn das für den Nachweis der Wahlberechtigung bei der Abstimmung zweckmäßig ist. Der Wahlschein muß die Angaben des Wählerverzeichnisses über den Wahlberechtigten enthalten.
- (4) Das Wählerverzeichnis kann vom Wahlleiter jederzeit berichtigt werden, wenn es unwesentliche Fehler, Unstimmigkeiten oder Schreibversehen enthält. Die Berichtigung ist als solche kenntlich zu machen und mit Datum und Unterschrift des Wahlleiters oder eines von ihm Beauftragten zu versehen.

x)berechtigungs-

§ 8

Wahlberechtigungsschein

- (1) Mit dem Studentenausweis erhält jede/jeder Wahlberechtigte einen Wahlberechtigungsschein für die Wahlen zu den Organen der Studentenschaft, der mit dem Studentenausweis verbunden ist.
- (2) Jeder Wahlberechtigungsschein weist aus:
 1. den Namen und Vornamen der/des Wahlberechtigten,
 2. die Matrikel-Nummer,
 3. den Studiengang bzw. Studiengänge,
 4. den Zeitpunkt der Gültigkeit des Wahlberechtigungsscheins.
- (3) Der Antrag auf Übersendung von Briefwahlunterlagen wird der/dem Studierenden durch die Universität per Post übersandt.

§ 9

Wahlausschreibung

- (1) Der ÜGWA hat die Wahl durch eine Wahlausschreibung nach Absprache mit dem Wahlleiter öffentlich bekanntzumachen. Die Wahlausschreibung muß angeben:
 1. Die zu wählenden Organe der Studentenschaft.
 2. Den vom ÜGWA festgelegten Wahlzeitraum.
 3. Die Aufforderung zur Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, Einspruch einzulegen, auf die Einspruchsfrist sowie auf Ort und Zeit für die Abgabe von Einsprüchen.
 4. Die Frist für nachträgliche Eintragungen nach § 7 Abs. 1.
 5. Die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen nach § 10 Abs. 2 u. 3 unter Angabe der auf die einzelnen Organe der Studentenschaft entfallenden Sitze und der Wahlkreise.
- (2) Mit der Wahlausschreibung können andere öffentliche Bekanntmachungen verbunden werden, insbesondere die Form öffentlicher Bekanntmachungen, der Hinweis auf die Möglichkeit der Briefwahl.
- (3) Die Wahlausschreibung kann in Teilen nacheinander veröffentlicht werden. Alle nach Abs. 1 notwendigen Bekanntmachungen sollen 4 Wochen vor dem ersten Tag des Wahlzeitraumes öffentlich bekanntgemacht sein. Ausnahmen beschließt das SP mit 2/3 Mehrheit.

§ 10

Einreichung von Wahlvorschlägen

- (1) Der Wahl liegen Wahlvorschläge zugrunde, die mehrere Bewerber (Listenwahlvorschläge) oder einen Bewerber (Einzelwahlvorschläge) benennen können. Jeder Wahlvorschlag darf sich nur auf die Wahl eines Organs und auf einen Wahlkreis beziehen.

- (2) Die Wahlvorschläge sind beim OGWA einzureichen. Die Einreichungsfrist darf nicht vor Ablauf einer Woche nach Bekanntmachung der Wahlausschreibung und nicht später als 10 Tage vor dem ersten Tag des Wahlzeitraums enden.
- (3) Der OGWA hat in der Wahlausschreibung zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufzufordern. Dabei ist die Einreichungsfrist und die Stelle für die Einreichung von Wahlvorschlägen anzugeben. Auf die Vorschriften der Absätze 1, 2, 4 bis 8 und § 11 Abs: 1 und 3 über Form und Inhalt von Wahlvorschlägen, die in einer Anlage zur Wahlausschreibung abzudrucken sind, ist hinzuweisen.
- (4) Die Bewerber müssen in den Wahlkreisen, in denen sie aufgestellt sind, wahlberechtigt sein. Die Wahlberechtigung kann nur durch das festgestellte Wählerverzeichnis nachgewiesen werden. Jeder Bewerber darf für die Wahl desselben Organs nur auf je einem Wahlvorschlag benannt werden. Die Bewerbung eines mit seinem Einverständnis auf mehreren Wahlvorschlägen seines Wahlkreises genannten Bewerbers gilt nur für den von ihm bis zum Ablauf der Einreichungsfrist bezeichneten Wahlvorschlag, sonst für den zuletzt eingereichten Wahlvorschlag; bei gleichzeitigem Eingang der Wahlvorschläge entscheidet das Los entsprechend § 14 (2).
- (5) Ein Wahlvorschlag muß die Bewerber in einer deutlichen Reihenfolge aufführen.
Er muß enthalten:
1. den Wahlkreis, für den der Wahlvorschlag gemacht wird,
 2. die Zugehörigkeit zu einer Liste (Listenname),
 3. das Organ, auf das der Vorschlag sich bezieht
- und für jeden einzelnen Bewerber:
4. Name, Vorname, Geburtsdatum, Heimat- und Semesteranschrift und Telefon-Nr., falls vorhanden,
 5. Fachschafts- und ggf. Fachgruppenzugehörigkeit,
 6. Erklärung, daß der/die Bewerber/in im Falle einer Wahl diese annimmt,
 7. Unterschrift.
- Es kann ein Kennwort angegeben werden, unter dem der Wahlvorschlag in der Wahlbekanntmachung und auf dem Stimmzettel geführt werden soll.
- Für die Wahl zum SP kann eine Erklärung der Zugehörigkeit zu einer Listenverbindung angegeben werden.
- (6) In jedem Wahlvorschlag soll ein Vertrauensmann unter Angabe seiner Anschrift und möglichst auch seiner Fernsprechnummer benannt werden. Diese/r muß Studierende/r, nicht aber selbst Bewerber/in sein. Falls keine besondere Benennung erfolgt, gilt der in der Reihenfolge an erster Stelle genannte Bewerber als Vertrauensmann des Wahlvorschlages. Der Vertrauensmann ist als Vertreter aller Bewerber zur Abgabe und zum Empfang von Erklärungen gegenüber dem OGWA oder dem Wahlleiter berechtigt.

- (7) Für den Fall einer Listenwahl können die Bewerber von Einzelwahlvorschlägen eines Wahlkreises aufgrund gemeinsamer Erklärungen gegenüber dem OGWA eine Listenverbindung eingehen. Die entsprechenden Erklärungen müssen spätestens am dritten Vorlesungstag nach Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge beim OGWA eingegangen sein. Für die Wahl zum SP können Wahlvorschläge, die verschiedene Wahlkreise betreffen, durch übereinstimmende Erklärungen in den Wahlvorschlägen Listenverbindungen eingehen. Wahlvorschläge derselben Listenverbindung werden auf den Stimmzetteln mit übereinstimmendem Kennwort geführt.
- (8) Jede/r Wahlberechtigte hat das Recht, eingegangene Wahlvorschläge zu den üblichen Dienststunden bei der vom OGWA bestimmten Stelle einzusehen.

§ 11

Zulassung der Wahlvorschläge

- (1) Der OGWA vermerkt auf jedem eingereichten Wahlvorschlag Tag und Uhrzeit des Eingangs. Er prüft die Wahlvorschläge auf ihre Ordnungsmäßigkeit sowie Vollständigkeit und hat auf Mängel hinzuweisen. Bis zum Ablauf der Einreichungsfrist können Wahlvorschläge zurückgenommen, geändert oder ergänzt werden.
- (2) Der Wahlausschuß soll spätestens am dritten Vorlesungstag nach Ablauf der Einreichungsfrist über die Zulassung oder Nichtzulassung der Wahlvorschläge entscheiden.
- (3) Bei Wahlvorschlägen, die —
1. nicht erkennen lassen, für welche Wahl oder welchen Wahlkreis sie bestimmt sind,
 2. die Bewerber nicht eindeutig bezeichnen,
 3. die Einverständniserklärungen oder Unterschriften der Bewerber nicht enthalten,
 4. Bewerber aufführen, die nach dem festgestellten Wählerverzeichnis im betreffenden Wahlkreis nicht wählbar sind,
 5. Bedingungen oder Einschränkungen enthalten,
- sind der Vertrauensmann und alle betroffenen Kandidaten schriftlich zu benachrichtigen und ihnen drei Werkzeuge Zeit zum Beheben der festgestellten Mängel zu geben.
- Vorschläge, die dann immer noch Mängel aufweisen oder die nicht bis zum festgesetzten Termin eingereicht sind, sind nicht zuzulassen.
- Soweit die Nichtzulassungsgründe sich nur auf einzelne Bewerber eines Listenwahlvorschlags beziehen, sind nur diese nicht zuzulassen und aus dem Wahlvorschlag zu streichen.
- (4) Läßt der OGWA einen Wahlvorschlag ganz oder teilweise nicht zu, so hat der Wahlleiter unverzüglich den Vertrauensmann dieses Wahlvorschlags unter Angabe der Gründe schriftlich zu unterrichten.

§ 12

Entscheidung des OGWA für die Wahlbekanntmachung

- 1) Liegen für eine Fachgruppe oder eine Fachschaft nur Einzelwahlvorschläge oder nur ein Listenwahlvorschlag vor, so hat der OGWA festzustellen, daß in der betreffenden Fachschaft bzw. Fachgruppe nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl zu wählen ist. In allen anderen Fällen findet Listenwahl statt.
- 2) Der OGWA oder die zuständigen Wahlausschüsse legen fest, an welchen Orten und zu welcher Zeit gewählt werden kann.
Gewählt wird jedoch mindestens an vier aufeinanderfolgenden Werktagen, mindestens von 10.30 bis 14.30 Uhr, jedoch nicht an einem Sonnabend.
- 3) Der OGWA hat im Einvernehmen mit dem Wahlleiter durch einen Nachtrag zur Wahlausschreibung diese ganz oder teilweise zu wiederholen, insbesondere erneut zur Einreichung von Wahlvorschlägen für einzelne Wahlbereiche (Fachschaften) und Fachgruppen aufzufordern, wenn die Zahl der Bewerber aller Wahlvorschläge eines Wahlkreises die Zahl der Sitze dieses Wahlkreises im Studentenparlament, einer Fachschaft oder einer Fachgruppe unterschreitet.

Die bisher eingereichten zugelassenen Wahlvorschläge brauchen nicht nochmals eingereicht zu werden, können aber innerhalb der neuen Wahlvorschlagsfrist geändert werden.

Es ist nur einmal durch einen Nachtrag zur Wahlausschreibung erneut zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufzufordern.
Hierbei ist darauf hinzuweisen, daß eine Wahl nur durchgeführt wird, wenn die Zahl der Bewerber/innen mehr als die Hälfte der Zahl der zu vergebenden Sitze des zu wählenden Organs beträgt.

§ 13

Wahlbekanntmachung

- 1) Spätestens eine Woche vor dem Wahltermin ist vom Wahlleiter eine Bekanntmachung deutlich sichtbar zumindest an den dafür vorgesehenen amtlichen Stellen des Hochschulgeländes auszuhängen.

Die Bekanntmachung muß mindestens folgende Angaben enthalten:

1. Die Aufforderung zur Stimmabgabe.
2. Die Bestimmungen, die jeder Wähler zwecks Durchführung einer ordnungsgemäßen Wahl zu erfüllen hat (die §§ 14 bis 16 sind als Anlage abzudrucken).
3. Zeitraum und Ort der Wahl.
4. Ort und Zeit der Stimmauszählung.
5. Die zugelassenen Wahlvorschläge.
6. Die Feststellungen des OGWA nach § 12 Abs. 1.

Ort und Zeit der Wahl-Vollversammlungen nach Abs. 2 sollen möglichst in die Wahlbekanntmachung aufgenommen werden.

Form und Inhalt der Wahlbekanntmachung werden vom OGWA in Absprache mit dem Wahlleiter festgelegt.

- (2) Am ersten Tag der Wahl ist von den Fachgruppen eine ordentliche FG-VV durchzuführen, auf der sich die Kandidaten vorstellen sollen.

Entsprechendes gilt für Fachschaften, insbesondere für die Fachschaften, in denen keine Fachgruppen existieren.

§ 14

Stimmzettel

- (1) Die Stimmzettel sind gesondert für die Wahl jedes Organs der Studentenschaft sowie getrennt für jeden Wahlkreis herzustellen und müssen eine entsprechende Überschrift tragen. Bei Wahlvorschlägen, die mit einem Kennwort versehen sind, ist das Kennwort auf den Stimmzetteln anzugeben. Die Stimmzettel sind mit dem Stempel des OGWA zu versehen. Der Stempel kann gedruckt sein.
- (2) Auf dem Stimmzettel sind die Wahlvorschläge in der Reihenfolge ihres Eingangs abzudrucken. Bei gleichzeitigem Eingang entscheidet das durch den Vorsitzenden des OGWA zu ziehende Los.

Innerhalb eines Listenwahlvorschlags sind die Namen und Vornamen der Bewerber entsprechend der Reihenfolge im eingereichten Wahlvorschlag aufzuführen. Der Stimmzettel muß Raum für das Ankreuzen der einzelnen Bewerber des Listenwahlvorschlags vorsehen.

- (3) Auf dem Stimmzettel ist deutlich darauf hinzuweisen, wieviele Bewerber angekreuzt werden dürfen. Bei Listenwahl ist zusätzlich darauf hinzuweisen, daß die Stimme für einen Bewerber auch zugunsten der gesamten Liste gezählt wird.
- (4) Bei Mehrheitswahl sind auf den Stimmzetteln die Bewerber in der Reihenfolge der Wahlvorschläge und gegebenenfalls mit dem Kennwort als Zusatz aufzuführen.

§ 15

Stimmabgabe

- (1) Jeder Wahlberechtigte hat seine Stimme auf dem Stimmzettel durch Ankreuzen oder auf andere Weise an der neben dem Namen jeden Bewerbers dafür vorgesehenen Stelle persönlich abzugeben. Jeder Wähler hat nur eine Stimme pro Organ, für das er wahlberechtigt ist.
Im Falle der Mehrheitswahl ist Stimmenhäufung auf einen Bewerber unwirksam.
- (2) Es ist sicherzustellen, daß der Wähler den Stimmzettel im Wahlraum unbeobachtet kennzeichnet und abgibt. Entsprechende Vorkehrungen hat der OGWA in Abstimmung mit den FSWA und FGWA zu treffen. Für die Aufnahme der Stimmzettel sind Wahlurnen zu verwenden. Vor Beginn der Stimmabgabe sind die leeren Wahlurnen so zu verschließen, daß die gefalteten Stimmzettel nur durch einen Spalt in den Deckel eingeworfen werden können. Für die einzelnen Wahlkreise sind getrennte Wahlurnen zu verwenden, es sei denn, daß die äußere Kennzeichnung der Stimmzettel Verwechslungen ausschließt.

- 3) Während der Wahl haben ständig zwei Personen, die Mitglied eines Wahlausschusses oder Wahlhelfer sind, an der Wahlurne zugegen zu sein (Aufsichtsführende). Kandidaten sind dabei ausgeschlossen. Ein Exemplar der Wahlordnung ist im Wahlraum auszulegen.
- 4) Vor Abgabe des Stimmzettels haben die Wahlberechtigten durch Übergabe ihres Wahlberechtigungsscheines gegenüber den Aufsichtsführenden ihre Wahlberechtigung nachzuweisen. Außerdem muß sich der Wahlberechtigte auf Verlangen der Aufsichtsführenden durch einen amtlichen Lichtbildausweis ausweisen.

Der Verlust eines Wahlberechtigungsscheines ist dem Wahlleiter anzuzeigen. Ein zweiter Wahlberechtigungsschein darf ausgestellt werden, wenn der Wahlberechtigte nachweist, daß er den Wahlberechtigungsschein nicht erhalten hat oder, daß dieser ihm abhanden gekommen ist und daß er das Wahlrecht noch nicht ausgeübt hat. Der Wahlberechtigte kann diesen Nachweis durch eine eidesstattliche Versicherung gegenüber dem Wahlleiter oder einem besonders dafür ermächtigten Beamten führen. Werden abhanden gekommene Wahlberechtigungsscheine wieder aufgefunden, so sind sie beim Wahlleiter abzugeben. Der Ersatzwahlberechtigungsschein ist vom Wahlleiter als solcher zu kennzeichnen. Die Ausgabe eines Ersatzwahlberechtigungsscheines ist im Wählerverzeichnis zu vermerken.

- 5) Wird die Wahlhandlung unterbrochen oder wird das Ergebnis nicht unmittelbar nach Stimmabgabe festgestellt, ist die Wahlurne zu verschließen. Der ÜGWA stellt im Benehmen mit dem Aufsichtsführenden sicher, daß die Wahlurne bei einem sich über mehrere Tage erstreckenden Wahlzeitraum jeweils außerhalb der Abstimmungszeit verwahrt wird. Zu Beginn und bei Wiedereröffnung der Wahl und bei der Entnahme der Stimmzettel zur Auszählung haben sich mindestens 2 Aufsichtsführende davon zu überzeugen, daß der Verschluß der Wahlurnen unversehrt ist.

§ 16

Briefwahl

- 1) Jede/r Wahlberechtigte kann von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch machen, wenn er/sie das beim Wahlleiter in der durch die Wahlbekanntmachung festgesetzten Frist persönlich oder schriftlich beantragt. Die Frist darf frühestens mit dem siebenten Tage vor Beginn des Wahlzeitraumes enden. Die Wahlberechtigung ist auf Grund des Wahlberechtigungsscheines nachzuweisen. Nachdem in das Wählerverzeichnis ein Briefwahlvermerk aufgenommen ist, sind die Briefwahlunterlagen auszuhändigen oder zuzusenden. Briefwahlunterlagen sind:
 Die Stimmzettel mit je einem Stimmzettelumschlag, der die gewählten Organe erkennen läßt,
 der Wahlberechtigungsschein
 der Wahlbrief und
 die Briefwählerläuterung und
 die Erklärung über die Briefwahl.

Einem anderen als dem Wahlberechtigten persönlich dürfen die Briefwahlunterlagen nur ausgehändigt oder zugesandt werden, wenn eine schriftliche Empfangsvollmacht übergeben wird.

- (2) Der Wähler gibt bei der Briefwahl seine Stimmen in der Weise ab, daß er für jede Wahl einen Stimmzettel persönlich und unbeobachtet kennzeichnet und in dem dafür vorgesehenen Stimmzettelumschlag verschließt. Mit einer entsprechenden Erklärung und den Wahlberechtigungsscheine sind die Stimmzettelumschläge persönlich dem Wahlleiter abzugeben oder im Wahlbriefumschlag zuzusenden.
- (3) Die Stimmabgabe ist rechtzeitig erfolgt, wenn der Wahlbrief dem Wahlleiter bis zum Ablauf der für die Stimmabgabe festgesetzten Tageszeit zugegangen ist. Auf dem Wahlbriefumschlag ist der Tag des Eingangs, bei Eingang am letzten Wahltag auch die Uhrzeit zu vermerken. Verspätet eingehende Wahlbriefumschläge hat der Wahlleiter mit einem Vermerk über den Zeitpunkt des Eingangs ungeöffnet zu den Wahlunterlagen zu nehmen.
- (4) Der OGWA hat dafür zu sorgen, daß in Gegenwart von mindestens zwei Aufsichtsführenden während des Wahlzeitraumes die ordnungsgemäße Briefwahl geprüft und im Wählerverzeichnis vermerkt wird und, daß die Stimmzettel ohne Einsichtnahme in eine allgemein verwendete Wahlurne gebracht werden.
- (5) Die Stimmzettel sind nicht in die Wahlurne zu bringen und eine Stimme gilt als nicht abgegeben, wenn
 1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
 2. der Wähler nicht im Wählerverzeichnis als Briefwahlberechtigter vermerkt ist,
 3. dem Wahlbrief der erforderliche gültige Wahlberechtigungsschein nicht beigelegt ist,
 4. die Erklärung entsprechend Absatz 2 fehlt,
 5. der Briefwähler gegen die Briefwahlregeln verstoßen hat und deswegen nicht sichergestellt ist, daß sein Stimmzettel ohne vorherige Einsichtnahme in die Wahlurne gebracht werden kann.
- (6) Die Hochschule hat den Briefwähler von Portokosten des innerdeutschen Postverkehrs freizustellen.

§ 17

Auszählung

- (1) Der OGWA, FSWA und FGWA haben unverzüglich nach Abschluß der Stimmabgabe die in ihrem Bereich abgegebenen Stimmen unter Hinzuziehung von Wahlhelfern zu zählen. Zunächst ist die Zahl der in den Urnen enthaltenen Stimmzettel - gesondert nach Wahlkreisen - mit der Anzahl der vorhandenen Wahlberechtigungsscheine zu vergleichen. Ist die Zahl der Stimmzettel höher als die vorliegenden Wahlberechtigungsscheine, hat der OGWA bei der Feststellung des Wahlergebnisses festzustellen, ob die Zahl der unzulässig abgegebenen Stimmzettel Einfluß auf die Sitzverteilung gehabt haben könnte. Ist eine solche Beeinflussung des Wahlergebnisses denkbar, so ist in diesem Wahlkreis für das betreffende Organ eine Nachwahl durchzuführen, für die die Bestimmungen dieser Wahlordnung sinngemäß Anwendung finden.

- (2) Die auf jeden Wahlvorschlag entfallenden gültigen Stimmen werden zusammengezählt. Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel
1. nicht den OGWA-Stempel enthält,
 2. keinen Stimmabgabevermerk enthält,
 3. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei ergibt,
 4. einen Vorbehalt enthält oder durch einen Zusatz gegen den Grundsatz der geheimen Wahl verstößt.
- (3) Stimmzettel, die Anlaß zu Bedenken geben, sind dem OGWA zur Entscheidung zu übergeben. Der OGWA entscheidet, ob und wie der Stimmzettel zu zählen ist und bestätigt oder berichtigt entsprechend dieser Entscheidung das Zählergebnis. Diese Stimmzettel sind mit fortlaufender Nummer zu versehen und von den übrigen Stimmzetteln gesondert bei den Wahlunterlagen aufzubewahren.
- (4) Nach Abschluß der Auszählung sind die Niederschriften über die Wahlhandlung und die Auszählung sowie die Ausfertigungen oder Auszüge aus dem Wählerverzeichnis, die Wahlscheine, Wahlberechtigungs-scheine und die Stimmzettel unverzüglich dem OGWA zu übergeben.

§ 18

Feststellung des Wahlergebnisses

- (1) Der OGWA stellt auf Grund der Zählergebnisse als Wahlergebnis gesondert für jeden Wahlkreis fest:
1. Die Zahl der Wahlberechtigten.
 2. Die Zahl der Wähler.
 3. Die Zahl der ungültigen Stimmzettel.
 4. Die Zahl der gültigen Stimmen.
 5. Die Zahl der Stimmen, die auf die einzelnen Wahlvorschläge insgesamt und auf die einzelnen Bewerber entfallen sind.
 6. Die gewählten Vertreter und Nachrücker.
 7. Das Zustandekommen oder Nichtzustandekommen der Wahl.
- (2) Bei Listenwahl werden die einem Wahlkreis zustehenden Sitze den einzelnen Wahlvorschlägen, die sich auf diesen Wahlkreis beziehen, nach der Reihenfolge der Höchstzahlen zugeteilt, die sich durch Vollrechnung, Halbteilung, Drittelung, usw. der Zahl der für die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen ergeben (d'Hondt). Die danach einem Listenwahlvorschlag zustehenden Sitze erhalten die Bewerber dieses Wahlvorschlages, die die höchste Stimmenzahl erreicht haben, nach der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl.

Sind auf einen Wahlvorschlag mehr Sitze entfallen, als Bewerber benannt sind, so bleiben diese Sitze unbesetzt, und das betreffende Organ setzt sich in dieser Amtszeit aus entsprechend weniger stimmberechtigten Mitgliedern zusammen.

Bewerber eines Listenwahlvorschlages, die keinen Sitz erhalten, rücken für die gewählten Bewerber ihres Wahlvorschlages nach, wenn diese vorzeitig aus dem betreffenden Organ ausscheiden. Dieses Nachrücken geschieht nach der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl.

Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet die Reihenfolge der Bewerber innerhalb der Liste.

Wenn die Liste erschöpft ist, bleiben die freiverdenden Sitze dieses Wahlvorschlags für die restliche Amtszeit unbesetzt. Die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder des betreffenden Organs verringert sich für den Rest der Amtszeit dementsprechend.

- (3) Bei Mehrheitswahl werden die einem Wahlkreis zustehenden Sitze auf die Bewerber in diesem Wahlkreis nach der Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmen mit der höchsten Stimmenzahl beginnend verteilt. Für das Nachrückverfahren gilt Abs. 2 sinngemäß.
- (4) Das Studentenparlament setzt sich aus den nach § 23 errechneten und nach § 18 Abs. 2 vergebenen direkt gewählten Sitzen sowie den zusätzlichen Sitzen gem. Abs. 5 zusammen.
- (5) Falls bei den Wahlen zum SP eine oder mehrere Listenverbindungen gebildet werden, wird die Gesamtzahl der nach Abs. 2 bereits vergebenen direkt gewählten Sitze nach dem Höchstzahlverfahren von d'Hondt auf sämtliche Listen bzw. Listenverbindungen aufgeteilt, wobei sich die Stimmenzahl einer Listenverbindung aus der Summe der Stimmen aller ihr angehörenden Einzellisten ergibt.

Die Stimmenzahl einer Liste ergibt sich aus der Anzahl der Studentinnen, die diese Liste in ihrem Wahlkreis gewählt haben.

Werden bei dieser Auszählung für eine Listenverbindung mehr Sitze ausgerechnet, als alle ihr angehörenden Einzellisten nach der fachschaftsweiten Auszählung gem. Abs. 2 zusammen erhalten haben, so werden ihr in Höhe der Differenz zusätzliche Sitze zugeschrieben. Werden jedoch weniger Sitze für eine Listenverbindung ausgerechnet, als sie nach der fachschaftsweiten Auszählung erhalten hat, so behält sie alle direkt gewählten Sitze.

Die Besetzung der so berechneten zusätzlichen Sitze erfolgt durch die Kandidaten mit den meisten persönlichen Stimmen, wobei die bereits nach Abs. 2 direkt gewählten Kandidaten unberücksichtigt bleiben. Für das Nachrückverfahren gilt Abs. 2 sinngemäß.

- (6) In Fällen, bei denen die Sitzvergabe nicht eindeutig geklärt werden kann, entscheidet das durch den Vorsitzenden des OGWA zu ziehende Los.
- (7) Wahlvorschläge, die keine Stimme erhalten haben, sind bei der Sitzverteilung und beim Nachrücken nicht zu berücksichtigen.
- (8) Der OGWA hat das Wahlergebnis der Wahl zu den Organen festzustellen. Der Wahlleiter macht das Wahlergebnis im Einvernehmen mit dem OGWA unverzüglich öffentlich bekannt; dabei ist auf die Möglichkeit hinzuweisen, nach § 21 Einspruch einzulegen unter Angabe der Einspruchsfrist und der Stelle, bei der Einspruch einzulegen ist.

Die gewählten Mitglieder sind vom OGWA zu benachrichtigen und vom amtierenden Präsidenten des SP zur konstituierenden Sitzung des SP einzuladen.

Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens ist der Nachfolger vom Präsidenten des SP schriftlich zu benachrichtigen.

§ 19

Niederschriften

- (1) Niederschriften sind zu fertigen über Sitzungen des Wahlausschusses und der örtlichen Wahlausschüsse sowie über den Gang der Wahlhandlung.
- (2) Die Niederschrift muß Ort und Zeit der Sitzung bzw. Wahlhandlung, die Namen der Sitzungsteilnehmer und Aufsichtsführenden mit der Zeit ihrer Anwesenheit, die Tagesordnung, den Verlauf der Sitzung oder Wahlhandlung und alle Beschlüsse, Zähl- und Wahlergebnisse und besonderen Vorkommnisse enthalten. Die Niederschriften sind von dem Vorsitzenden des OGWA oder seinen Vertretern zu unterzeichnen.
- (3) Die Stimmzettel, Wahlscheine und sonstigen Wahlunterlagen sind nach Feststellung des Wahlergebnisses zu bündeln und der Niederschrift über die Wahlhandlung und Auszählung beizufügen.
- (4) Die Niederschriften nebst Anlagen hat der OGWA aufzubewahren. Die Wahlunterlagen dürfen erst nach Ablauf der Wahlperiode vernichtet werden.

§ 20

Fristen

Fristen enden nicht an Tagen, die für alle von der Wahl betroffenen Studierenden vorlesungsfrei sind, auch nicht sonnabends.

§ 21

Wahlprüfung

- (1) Die Wahl kann durch schriftlichen Einspruch, der die Gründe angeben muß, binnen einer Woche nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses angefochten werden.
- (2) Der Einspruch kann nicht mit der Unrichtigkeit des Wählerverzeichnisses begründet werden.

Der Wahleinspruch ist begründet, wenn Wahlrechtsbestimmungen verletzt worden sind und diese Verletzungen zu einer fehlerhaften Feststellung der Gewählten und der Ersatzleute geführt haben oder hätten führen können. Der Wahleinspruch muß damit begründet werden, daß die Wahl Vertreter betrifft, zu deren Wahl der/die Student/in wahlberechtigt ist.

- (3) Der Einspruch gegen die Wahl auch durch den Leiter der Hochschule und durch den Wahlleiter ist beim OGWA zu erheben. Der OGWA entscheidet unverzüglich - spätestens innerhalb einer Woche - über den Einspruch. Der Einsprucherhebende und der FSWA bzw. der FGWA sind zu hören. Begnügt sich der Einsprucherhebende nicht mit der Entscheidung, so kann er innerhalb von 7 Tagen nach der Entscheidung des OGWA das SP anrufen.
- (4) Der Einspruch besitzt keine aufschiebende Wirkung.

^{a)} berechtigungs-

Beginn und Ende der Amtszeit; Nachrücker

- (1) Die Amtszeit der Mitglieder in den Organen der Studentenschaft wird durch § 9, Abs. 1 und 2 der Satzung geregelt.
- (2) Die Amtszeit der Nachrücker beginnt mit der Feststellung ihres Nachrückens und endet mit der Beendigung der Amtszeit der übrigen Mitglieder des betreffenden Organs.

Verteilung der SP-Sitze auf die Fachschaften

- (1) Jede Fachschaft entsendet mindestens 3 Vertreter in das SP, höchstens aber 9.
- (2) Die Fachschaften entsenden ihre Vertreter nach folgendem Schlüssel

bis 1000 Fachschaftsmitglieder	: 3 Sitze
bis 1499 "	: 5 Sitze
bis 1999 "	: 6 Sitze
bis 2499 "	: 7 Sitze
bis 2999 "	: 8 Sitze
über 3000 "	: 9 Sitze
- (3) Fachschaften, in denen mehrere Fachgruppen existieren, erhalten einen weiteren SP-Sitz. --

Sind in einer Fachschaft mehr Fachgruppen vertreten, als ihr an SP-Sitzen aufgrund des Schlüssels aus Abs. 2 und Abs. 3 Satz 1 zustehen, so erhält die Fachschaft je unberücksichtigte Fachgruppe einen zusätzlichen SP-Sitz, höchstens jedoch insgesamt 2 SP-Sitze. Abs. 1 bleibt unberührt.

Inkrafttreten

Diese Wahlordnung tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Braunschweig, den 31. Mai 1983

Die vorstehende vom Studentenparlament der Technischen Universität Braunschweig am 16. Mai 1983 mit Zweidrittelmehrheit beschlossene Wahlordnung wird hiermit gemäß § 50 Abs. 7 Satz 5 NHG genehmigt.



Der Präsident

[Handwritten signature]